



Moritz Wiggers

## **Die Verhandlungen des volkswirtschaftlichen Congresses zu Weimar über das mecklenburgische Grenzzollproject**

Rostock: Rostock: G.B. Leopold's Universitäts-Buchhandlung (Ernst Kuhn): Druck von Adler's Erben, 1862

<http://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1735971626>

Druck Freier  Zugang  OCR-Volltext

6

# Volkswirtschaftliche Flugblätter.

Herausgegeben



von

Moritz Wiggers.

IV

Die Verhandlungen  
des volkswirtschaftlichen Congresses zu Weimar  
über das mecklenburgische Grenzzollproject.

Rostock.

G. B. Leopold's Universitäts-Buchhandlung.

(Ernst Ruhn.)

1862.



Mm - 8084 (4)

r





Lundobro 847

111 4808 - 111



## Die Verhandlungen des volkswirtschaftlichen Congresses zu Weimar über das mecklenburgische Grenz Zollproject.

In dem III. Hefte der „Volkswirtschaftlichen Flugblätter“ ist die Verhandlung des volkswirtschaftlichen Congresses zu Stuttgart in der mecklenburgischen Zollfrage mitgetheilt worden. Derselbe faßte in seiner Sitzung vom 11. September 1861 auf meinen Antrag, welcher durch die Herren R. Nizze=Kostock, Guido Weiß=Berlin, Max Wirth=Frankfurt a. M., Lette=Berlin, H. Becker=Dortmund, Ludw. Seeger=Stuttgart, D. Ladenburg=Mannheim, Lammers=Frankfurt a. M., Diegel=Bonn und Prince=Smith=Berlin unterstützt ward, den fast einstimmigen Beschluß: allen Maßregeln der nicht zum Zollverein gehörigen deutschen Staaten, welche deren Beitritt zu demselben erschweren oder verzögern, namentlich aber dem von den beiden Großherzögen Mecklenburg projectirten specifisch mecklenburgischen Grenz Zoll auch an seinem Theil entgegenzuwirken. Die am 1. und 2. März 1862 zu Berlin versammelte ständige Deputation des volkswirtschaftlichen Congresses hielt diese Sache von solcher Bedeutung, daß sie die mecklenburgische Zollfrage auf die Tagesordnung des nächsten Congresses stellte und eine eigene Commission zur Vorbereitung derselben nieder setzte, in welche, außer mir, die Herren Lette=Berlin, Ammermüller=Stuttgart, Braun=Wiesbaden, Lammers=Frankfurt a. M., Soetbeer=Hamburg und D. Wolf=Stettin gewählt wurden. Herr Präsident Lette ward zum Referenten bestellt und mir ward der Auftrag, über das einschlagende Material und die Sachverhältnisse voraufgehenden Bericht zu erstatten. Diesem Auftrage entsprach ich in meiner



Schrift „Die mecklenburgische Steuerreform, Preußen und der Zollverein“, welche eine Darlegung des mecklenburgischen Steuerreformprojectes und eine Kritik desselben vom Standpunkte der Interessen Mecklenburgs, Preußens und des Zollvereins enthält. Von der Commission ward nun dem volkswirtschaftlichen Congresse zu Weimar der nachstehende Antrag überreicht:

Die von der ständigen Deputation des volkswirtschaftlichen Congresses zur Prüfung der mecklenburgischen Zollfrage niedergesetzte Commission stellt, nach stattgehabter Prüfung des einschlagenden Materials und der Sachverhältnisse und nachdem hierüber von Herrn Moritz Wiggers in seiner Schrift „Die mecklenburgische Steuerreform, Preußen und der Zollverein“ auftragsmäßig ein eingehender Bericht erstattet ist, den nachfolgenden Antrag:

Der volkswirtschaftliche Congreß — indem er den bereits auf dem vorigjährigen Congreß fast einstimmig gefaßten Beschluß, dem von den beiden Großherzogthümern Mecklenburg projectirten specifisch mecklenburgischen Grenzzoll auch an seinem Theile entgegenzuwirken, hiedurch wiederholt — erachtet es im deutschen wirtschaftlichen Interesse für dringend geboten, daß die zum Zollverein verbundenen Staaten, namentlich aber Preußen, das dazu vorzugsweise im Stande ist, schleunigst und nachdrücklich alle legalen Mittel in Anwendung bringen, um die Ausführung des mecklenburgischen Grenzzollprojectes zu verhindern und den Anschluß der Großherzogthümer Mecklenburg an den zu reconstituirenden Zollverein zu erwirken.

Die Verhandlungen über diesen Antrag, welche in der Sitzung des Congresses vom 9. September 1862 stattfanden, werden nachstehend mitgetheilt:

Präsident Dr. Lette aus Berlin als Berichterstatter: Meine Herren! Wenn es möglich gewesen wäre, daß ein jedes verehrtes Mitglied unserer Versammlung die werthvolle Schrift unseres Collegen Herrn Moritz Wiggers „Die mecklenburgische Steuerreform, Preußen und der Zollverein“ gelesen hätte, so würde ich mich vielleicht noch kürzer fassen können, denn in dieser Schrift sind die unglücklichen Verhältnisse dieses zwar in Deutschland belegenden, aber doch von Deutschland vollkommen getrennten Landes,



sowohl in wirthschaftlicher und landwirthschaftlicher, wie in industrieller Beziehung, klar dargethan worden.

Es ist daselbst außerdem das bereits seit zwei Decennien beabsichtigte und verhandelte Grenzzollsystem Mecklenburgs, dessen Realisirung Mecklenburg seit den letzten Jahren etwas näher gerückt ist, die Rückwirkung dieses Systems auf das mecklenburgische Finanzverhältniß, sowie über die Rückwirkung auf den deutschen Zollverein höchst ausführlich und gründlich dargestellt. Es wird dort eine in das Detail der mecklenburgischen Verhältnisse sehr eingehende Darstellung gegeben; — ich darf aber nicht voraussetzen, daß diese Schrift allen unseren verehrten Mitgliedern des Congresses bekannt sei — sie ist nur den Mitgliedern der Commission mitgetheilt worden —, ich kann es um so weniger voraussetzen, als Mecklenburg ein Land ist, das, wie bekannt, mit seinem trefflichen und kräftigen Volke zwar auf der deutschen Erde liegt, aber von der größten Strömung deutscher Verhältnisse und von der Entwicklung deutscher Fortschritte seit Jahrhunderten vollkommen getrennt gewesen ist.

Während alle übrigen Staaten eine Entwicklung genommen haben zu einer kräftigeren Ausbildung der monarchischen Gewalt und dadurch zu besserer Gestaltung ihrer wirthschaftlichen Verhältnisse und demnächst zu politischer Betheiligung des Volkes, hat Mecklenburg, wie etwa allein außer ihm in Europa noch Polen, fast den entgegengesetzten Entwicklungsgang oder vielmehr gar keinen genommen. Die Verhältnisse in Mecklenburg sind noch dieselben wie im sechszehnten Jahrhundert. Ein späterer sogenannter Erbvergleich von 1755 hat sie so festgestellt, wie sie seit der in anderen Staaten begonnenen Entwicklung der Territorialhoheit im sechszehnten Jahrhundert standen, ja, im Gegentheil, die socialen Verhältnisse, ich möchte fast sagen die menschlichen Verhältnisse, haben sich in Mecklenburg verschlechtert. Während da, wo ein starkes Fürstenhaus der Schirm der unteren Volksklassen war und in seinem eigenen Interesse wie im Interesse der hohen Aufgabe, die auch unsere deutschen Fürsten hatten, die unteren Stände heraufgehoben hat, und während der Bauerstand in seinem Besitze befestigt wurde, hat umgekehrt in Mecklenburg das altständische Wesen vermöge seiner Privilegien und deren Befestigung die Bauern verschluckt, so daß es einen Bauernstand eigentlich nur noch auf



den Domainen giebt, die Bauern zu Tagelöhnern herabgebrückt worden sind und es in Folge der Patrimonial-Gerichtsbarkeit wie der Polizeigewalt der Rittergüter und der starren Zustände für die unteren Klassen dort nichts mehr giebt, was den Namen von persönlicher und bürgerlicher Freiheit verdiente, und es ein Hohn war, als im Jahre 1820 die Leibeigenschaft aufgehoben, dagegen der Bauer aus dem altväterlichen Besitz getrieben wurde. Der Tagelöhner ist gegenwärtig erst recht nach den obwaltenden Verfassungszuständen ein Schollenpflichtiger, ein glebae adscriptus, ohne Freizügigkeit und ohne Aussicht auf Ansiedelung und ohne Gewerbefreiheit; sogar seine Eheschließung hängt von der Genehmigung des Polizeiherrn ab. Sein einziges Hülfsmittel ist die Auswanderung. Es giebt gar viele Leute, die in den dort sittlichen Verhältnissen des Concubinats lange leben mußten und endlich wegen der Schwierigkeit der Eheschließung und der Gründung eines eigenen Hausstandes, um ihren Kindern rechtmäßige Eltern zu geben, genöthigt sind, nach Amerika auszuwandern. Wie unter solchen Verhältnissen sich die Vorstellungen von Glück und Unglück, von Recht und Unrecht verkehren, sieht man unter Anderem aus dem Bericht der letzten landwirthschaftlichen Wanderversammlung, die in Mecklenburg stattfand. Es ist mir aufgefallen, daß dieser Bericht es als ein besonderes Glück preist, daß aus Mecklenburg so viel Leute auswandern. Es verhält sich mit der dortigen Auswanderung aber so, daß Mecklenburg dasjenige Land ist, das eine Reihe von Jahren hindurch jährlich über zwei Procent seiner Bevölkerung verlor, weit mehr von den Rittergütern als aus den Domainen und aus den Städten. Es giebt sehr wenige Ortschaften, in denen die Bevölkerung allmählig wächst; im Ganzen stagnirt sie, besonders im Vergleich mit dem Nachbarlande Preußen, obwohl auch Preußen, namentlich seit 1849, hinsichtlich der Gewerbe ein beschränkendes, reactionaires Gesetz gegeben hat, das wir indeß hoffentlich bald wieder abschütteln werden und müssen. Wie gesagt, die Mitglieder der unteren Klassen müssen eben auswandern, hauptsächlich, weil jeder einzelne Gutsbesitzer die Ehe möglichst erschwert, um sich vor der Armenpflege zu schützen. Seder solcher Gutsherr hat eine gewisse beschränkte Anzahl von Wohnungen für seine Gutstagelöhner, und ehe wieder Jemand heirathen darf, müssen erst die Familien Anderer ausgestorben



sein. Das nennt man dort Ansiedelung. Ich glaube, es ist vollkommen berechtigt, die Schäden dieses Landes, das unter der glänzendsten Außenseite blühender großer Landwirthschaften ein so tiefes sociales Elend verbirgt, aufzudecken; deren Heilung ist der Sympathien mehr als die jedes anderen deutschen Landes werth.

Ich habe mir erlauben müssen, diese kurze Schilderung der socialen Zustände Mecklenburgs voranzuschicken; von den politischen Verhältnissen will ich nicht sprechen, das würde zu weit führen. Es würde Sie aber sehr interessiren zu hören, wie dort z. B. die Männer, welche Verbesserungen vorschlagen, auf ihrem eigenen Landtage gar nicht zum Worte kommen. Meine Schilderung der socialen Verhältnisse hat nur Ihre Sympathie für den Antrag unseres Freundes Wiggers um so mehr gewinnen wollen.

Der Antrag ist veranlaßt dadurch, daß eine Steuerreform in Mecklenburg allerdings absolut nothwendig ist. Diese ist deshalb absolut nothwendig, weil die Verhältnisse nachgerade der Art geworden sind, daß diese Stagnation nicht ferner erhalten werden kann. Man ist selbst durch die Eisenbahnen wider Willen in den Verkehr mit deutschen Nachbarstaaten hineingezogen worden. Diese Steuerreform stößt freilich bei den alten Landständen auf großen Widerstand, und zwar aus dem Grunde, weil eine Steuerreform, die indirecte Abgaben einführt, die Regierung mehr oder weniger unabhängig macht von der Bewilligung der Steuern Seitens der Landstände. Man ist demgemäß darauf gekommen, für Mecklenburg einen specifischen Grenzzoll einzuführen, so daß es also die Absicht ist, Mecklenburg noch mehr zu isoliren von Deutschland, wie es bisher der Fall gewesen ist. Es ist nun zwar in diesem Buche, welches im Buchhandel erschienen und das ich Ihrer Aufmerksamkeit sehr empfehlen möchte, ausführlich dargelegt, daß dieses Grenzzollproject unausführbar sei, und zwar aus dem Grunde unausführbar ist, weil die Bewachung der Grenze dieses kleinen Landes mehr kosten würde für Mecklenburg als der Grenzzoll einbringt, da außerdem eine Menge von anderen inuieren Besteuerungsverhältnissen geändert werden müßten, deren Folge indeß wiederum auf die gewerblichen und auf die unteren Klassen in einer sehr ungerechten Weise drücken würde. Ganz zufällig ist, man möchte sagen durch Ueberrumpelung der Regierung, die Majorität des Landtags im vorigen Jahre für Ausführung dieses Grenzzolls ge-



wonnen. Aber es wird doch wohl die Ausführung dieses Grenz-  
zollprojects, die Deckung der Steuern, die innere Veränderung  
anderer Steuerverhältnisse immer noch einige Jahre in Anspruch  
nehmen und noch einige Zeit dauern. Nicht unmöglich freilich  
wäre es, daß, wenn die Majorität des zukünftigen Landtags eine  
andere ist, daß dann ein künftiger Landtag wiederum eine andere  
Ansicht über diese Steuerreform, resp. über Einführung eines  
Grenzolls habe.

Uns interessieren nun allerdings die Steuerverhältnisse Mecklen-  
burgs an und für sich weniger, wir nehmen aber insoweit Theil  
daran, als sie auf die wirthschaftlichen Verhältnisse der anderen  
deutschen Staaten nachtheilig einwirken, mögen wir es auch im  
Interesse des Landes bedauern, daß dort z. B., wie in anderen  
deutschen Landen vor 300 Jahren der Fall war, die Ritterguts-  
besitzer und selbst die adeligen Domainenpächter noch jetzt in Be-  
zug auf die eigene Einführung von Wein, Caffee, Zucker, Material-  
waaren und anderer Artikel vollständige Handels- und Zollfreiheit  
genießen, während die Kaufleute dergleichen Artikel versteuern  
müssen, daß solche Verhältnisse dort eben noch heute vorhanden  
sind. Was uns hier wesentlich interessirt, ist das wirthschaftliche  
Verhältniß Mecklenburgs zu den deutschen Nachbarländern und die  
neue chinesische Mauer, die um die geistige und materielle Ent-  
wickelung dieses unseres Bruderstammes und das Land, welches er  
bewohnt, gezogen werden würde — wenn dieses Grenzollproject  
zu Stande käme. Es ist daher eine Aufgabe des volkwirthschaft-  
lichen Congresses, die Mittel und Wege aufzusuchen und zu be-  
zeichnen, die dahin führen könnten, diesem Grenzollproject ent-  
gegenzutreten.

Vorzugsweise hat allerdings Preußen diese Mittel in der  
Hand, und ich hoffe, daß die preußische Regierung, ich hoffe, ich  
weiß es aber nicht, daß sie von diesen Mitteln zur geeigneten Zeit  
Gebrauch machen wird. Ich will blos einige dieser Mittel andeuten.

Unter anderen z. B. liegt auf der Berlin-Hamburger Eisen-  
bahn, welche Mecklenburg durchschneidet, ein bedeutender Transit-  
zoll, der in die mecklenburgische Kasse fließt.

Dieser Transitzoll sollte ein Aequivalent sein für diejenigen  
Binnenzölle, die bei Eröffnung des Eisenbahnverkehrs aufgehoben  
werden mußten, weil sie mit der Führung einer Eisenbahn unver-



einbar waren, denn beiläufig giebt es in Mecklenburg noch eben so viel Binnenzölle wie früher in jedem kleinen deutschen Lande, wo jeder Fürst oder Ritter sich Binnenzölle anlegte. Wenn diese Binnenzölle fortfallen, fällt auch das Motiv fort für jene ganz enormen auf unserem Verkehr mit Hamburg und sonst in hohem Grade lastenden Transitzölle der Eisenbahn.

Wir haben diesen Gegenstand auf früheren Congressen verhandelt, und der Congress hat sich für Aufhebung dieses Transitzolles ausgesprochen.

Ein zweites Moment sind die Elbzölle, und es wird sich finden, was aus den Elbzöllen wird; die Elbzölle und die Transitzölle, die auf der Berlin-Hamburger Eisenbahn allein, glaube ich, 300,000 Thlr. betragen, bilden eine Hauptfinanzquelle für Mecklenburg.

Aber ein Hauptmittel, dieses unglückliche Project eines specifisch mecklenburgischen Grenzzolles zu verhindern, liegt darin, daß glücklicherweise Preußen Enclaven in Mecklenburg hat. Es ist bekannt, daß seit Ausdehnung des preußischen Zollvereins im Jahre 1828 überall mit denjenigen deutschen Staaten, die dem Zollverein beitraten oder noch beitreten, insofern Enclaven in den verschiedenen deutschen Gebieten lagen, über das Verhältniß dieser Enclaven ein besonderer Vertrag geschlossen werden mußte. Dies verlangt das Souveränitätsrecht über dergleichen Enclaven.

Es wird also darauf ankommen, ob Preußen diese Enclaven in ein solches Grenzzollproject einverleiben lassen will.

Es giebt vielleicht noch manche andere Mittel, um jenem specifisch mecklenburgischen Grenzzoll entgegenzutreten; es kommt nur darauf an, ob und wie davon Gebrauch gemacht werden wird.

Sie sehen daraus, daß ein möglichst übereinstimmender Beschluß unseres Congresses auch hier insofern ein Gewicht in die Waagschale legen kann und wird, als Mittel vorhanden sind, zur Aufhebung der Isolirung Mecklenburgs, zur endlichen allmählichen Entwicklung und Verbesserung auch seiner materiellen Verhältnisse, einem so nachtheiligen Project entgegenzutreten. Daß andererseits Mecklenburg für den Zollverein große Bedeutung haben und gewinnen kann, geht allein schon daraus hervor, daß es einen großen Theil der Ostseeküste begrenzt und daß es an diesem großen Theil der Küstländer der Ostsee einige vortreffliche Häfen hat, ja



fogar einen Hafen, von dem behauptet worden ist, daß er zur Aufnahme einer deutschen Marine sich eigne, die vielleicht mit Gottes Hülfe zu Stande kommen wird, wenn auch leider nach vielen Jahren erst, wenn es in Deutschland so fort geht, wie jetzt.

Meine Herren, das etwa sind die Motive, die ich kurz zusammengefaßt habe, welche unserem Antrage zu Grunde liegen, die Sie aber in diesem Werk von Herrn Wiggers ausführlich entwickelt finden. Ich kann daher den Antrag, den der Herr Vorsitzende bereits verlesen hat, ihrer Genehmigung nur bestens und dringend empfehlen.

Hofrath Dr. von Kerstorf aus Augsburg: Meine Herren! Wir stehen in dieser Angelegenheit auf einem Boden, den ich ganz speciell als meinen persönlichen bezeichnet habe, auf wirklich und ausschließlich deutsch-nationalen, ganz neutralem Boden. — Dies ist in allen Beziehungen, die bei den früheren Fragen zu Kämpfen Anlaß geben konnten und gaben, ein ganz neutrales Feld; diese Frage hat nicht die mindeste Nebenbeziehung zu irgend einer particularen Tendenz. — Von diesem Standpunkte aus beginne ich mit dem Palladium der deutschen Freiheit und unserer deutschen Rechtszustände, die von Jahrhunderten her, älter als alle Fürstengeschlechter, älter als alle neuen Verfassungen, älter als der Zollverein, viel älter als der deutsche Bund, uns durch Gesetze und Bewußtsein bekannt und werth sind; jenes Palladium von Rechten, die wir leider durch den Zustand einer ziemlich combinirten Entwicklung unserer Verfassungen zum Theil eingebüßt haben, ein Palladium, das wir in letzterer Zeit zum großen Theile wieder erobert haben, jedoch in anderer Form, ich meine damit die alte deutsche Steuerfreiheit, das größte Recht einer Nation, das größte und sicherste Princip der Freiheit überhaupt, denn nur, wo eine Nation sich selbst besteuert, ist die Steuer eine gesetzliche, und die Kunst ist, je nach der Verfassung, die Form, die Regel der Selbstbesteuerung zu finden. — Man hat sie gefunden, und im Princip steht die Berechtigung der Nation wieder fest, sich selbst zu besteuern; nur da ist diese Berechtigung verloren gegangen und verloren geblieben, wo die feudalen Rechte nicht aufgehoben worden sind, nur da, wo die Errungenschaften einer ganzen Geschichte, die sich im Jahre 1848 zu Tage gefördert haben, nicht wie bei uns



in die ordentliche Gesetzgebung übergegangen sind. — Das ist der Fehler, an welchem Mecklenburg krankt, das ist es, warum es nicht auf deutsch-nationalem Boden steht, und darum muß es Ziel und Zweck aller Deutschen sein, überall da, wo das Monopol und die feudalen Rechte noch im Großen und Ganzen bestehen, Bresche zu legen. — Deswegen ganz speciell bin ich in dieser Frage für den Antrag, nicht aus Rücksicht auf die Utilität, nicht mit Rücksicht darauf, daß der Zollverein sich so oder so bilden und wohin etwa durch die Annexion von Mecklenburg ein größeres Gewicht fallen möge und dergl. Nein, ein viel höheres, allgemeines Interesse spricht dafür. — Deswegen glaube ich, meine Herren, es muß von Ihrer Versammlung aus ein Maas zu finden gesucht werden, wie auch vom Standpunkte der nationalwirthschaftlichen Angelegenheiten Hülfe zu leisten sei, und zwar durch eine einstimmige Resolution. — Wir dürfen nicht zaudern, unser Theil beizutragen, um den großen Beispielen, die die großen Staaten noch in letzter Zeit gegeben haben, Folge zu schaffen; das glorreiche Beispiel der Februar=Verfassung von Oesterreich steht vor uns, seine Anträge in dieser Strömung stehen vor uns, die große Bewegung der Reconstruirung des Zollvereins ist ein hohes Beispiel des Strebens nach größerer Einigung, des Strebens, die deutsche Nationalität geltend zu machen als Eines der ganzen Welt gegenüber, und deshalb dürfen wir nicht übersehen, daß es der letzte Rest des dem feudalen System verfallenen Gebietes ist, das durch eine That annexirt werden muß. — Eine andere That ist aber auf diesem Gebiete nicht möglich, als die der Vereinigung der nationalen Interessen. Die Darstellung der in dem angeführten Werke besprochenen Uebelstände ist gewissenhaft, gelehrt, überzeugend und klassisch behandelt; was mein Vorredner sagte, kann ich aus verschiedenen Schriften und aus meinen wenigen Erfahrungen als wahr bezeichnen; auch die Form des Ausdrucks der beantragten Resolution ist gut gewählt, und ich fordere Sie auf, meine Herren, auch von meinem angegebenen Standpunkte aus, dem Antrage einstimmig beizutreten.

Dr. Horn aus Berlin: Ich beabsichtige nicht, Ihre Aufmerksamkeit, meine Herren, durch weitere Darlegung der eben so komischen als tragischen Zustände meines speciellen Vaterlandes



in Anspruch zu nehmen. Wenn ich nach den Worten unseres verehrten Lette und nach den diesmal wirklich patriotischen Worten des Vorredners in dieser Sache noch spreche, so beabsichtige ich überhaupt nicht, noch thatsächliche Argumente hinzuzufügen; Sie haben deren gehört und werden deren vielleicht von Herrn Moriz Wiggers noch hören; ich will diese Gelegenheit nur benutzen, die öffentliche Meinung Deutschlands, — und diese vertritt doch wenigstens zu einem der concentrischen Kreise deutscher Lebensinteressen der volkswirtschaftliche Congreß, weil er nicht nur diesen oder jenen Stand, diese oder jene Berufsclassen vertritt, sondern alle Stände, alle Berufsclassen, — ich will also diese Gelegenheit nur benutzen, die öffentliche Meinung Deutschlands in Anspruch zu nehmen, daß sie auf die öffentliche Meinung Mecklenburgs einwirke, dieser eine Anerkennung zu Theil werden lasse, welche zur Stärkung und Verallgemeinerung derselben beitrage.

Diese Anerkennung nun soll keineswegs in irgend einem Danke, welche sie vielleicht rücksichtlich der vortrefflichen Schrift meines Landsmannes Wiggers der öffentlichen Meinung Mecklenburgs darbringen, nicht in einer Lobsgang bestehen, sondern nur in einer Ermunterung, einer Anregung, welche zum Ziele haben soll, daß die öffentliche Meinung in Mecklenburg sich so kräftig ausspricht, daß auch die Regierungen Mecklenburgs derselben werden folgen müssen.

M. H.! Die Wiggers'sche Schrift hat mit patriotischer Liebe und mit wirklicher Sachkunde die Verhältnisse Mecklenburgs dargelegt und ich glaube, wir können sie als eine Urkunde, als einen Beweis ansehen, daß wirklich eine öffentliche Meinung in Mecklenburg vorhanden ist. Leider entbehrt Mecklenburg dieses Glück, dieses Recht, welches die andern deutschen Staaten jetzt alle haben, daß sich dieselben in geordneter, verfassungsmäßiger Weise und in achtbarer Weise auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete aussprechen können. Wir wollen also bei dieser Gelegenheit den ernstlichen Wunsch aussprechen, daß Mecklenburg auch sein Unrecht bald nicht mehr vorenthalten werden möge, sein Unrecht auf eine wirkliche Repräsentativverfassung, in der sich in parlamentarischer Weise auch wirtschaftliche Interessen aussprechen können.

M. H.! Vielen von Ihnen ist ein Vers aus einem Zenaischen



Studentenliebe bekannt, in dem es heißt: „Freiheit bringt überall durch, nur nicht nach Mecklenburg.“ Ich glaube, die Schrift meines Landsmannes Wiggers zeigt, daß die Freiheit wirklich schon durchgedrungen ist nach Mecklenburg. Wir sehen besonders aber aus dieser Schrift, daß die öffentliche Meinung in Mecklenburg wirklich darauf hinzielt, sich dem Zollverein anzuschließen, daß Mecklenburg nicht mehr dem allgemeinen deutschen Zollverbande fern bleiben will. Wir wollen also wünschen, daß Mecklenburg bald wird concurriren können mit den süddeutschen Staaten im Verbleiben beim Zollverein.

Moritz Wiggers aus Rostock: Meine Herren! Nach dem Vortrage des Herrn Referenten kann ich mich kurz fassen. Er hat so sachkundig die Verhältnisse Mecklenburgs auseinandergesetzt, daß ich ihm deshalb zu großem Danke verpflichtet sein muß.

Was mir außerdem lieb in dieser Sache ist, ist, daß wir vielleicht erwarten können, einen einstimmigen Beschluß in dieser Versammlung zu Stande zu bringen. Hier, wo die verschiedenen Interessen des Freihandels und des Schutzzolles so gegen einander gerathen sind, da vereinigt sich Alles zusammen, um der Feudalwirthschaft in Mecklenburg entgegenzutreten. Ich habe schon in Stuttgart die Freude gehabt, daß mein damaliger Antrag fast einstimmig angenommen worden ist; ich hoffe, daß wir heute eine einstimmige Resolution in Bezug auf Mecklenburg erzielen werden.

Ich habe es namentlich auch dem Herrn v. Kerstorf zu danken, daß er hier öffentlich das Wort genommen hat, weil ich glaube, daß es nicht ohne Einfluß auf die jetzt am Ruder sich befindenden Autoritäten in Mecklenburg sein wird, daß gerade er das Feudalsystem in Mecklenburg verdammt und ausgesprochen hat, der Rest des Feudalsystems müsse durch die That annectirt werden.

Ueberdies hat er es sehr richtig getroffen, wenn er sagt: das Hauptübel, woran wir leiden, ist, daß unserem Volke das Recht der Selbstbesteuerung fehlt. Wir sind die einzigen unter den civilisirten Völkern, die noch daran laboriren, daß wir kein Budgetsystem haben, wir haben das s. g. Aversional-System, d. h. wir geben dem Fürsten, dem die Erträge der Domainen und Regalien zur Bestreitung der Bedürfnisse des Staates zur unbeschränkten



Disposition stehen, außerdem die Steuern in Bausch und Bogen hin, ohne zu wissen, ob sie nothwendig sind und ohne daß wir Rechenschaft darüber verlangen können, wo sie geblieben sind!

Das, meine Herren, besteht augenblicklich in Mecklenburg noch! Ich habe schon zu verschiedenen Zeiten die traurige Pflicht gehabt, über die mecklenburgischen Zustände zu reden, und namentlich Mecklenburgs materielle Zustände aufzudecken. Sie können denken, meine Herren, daß mir das an sich schmerzlich ist, wenn ich die traurigen Verhältnisse meines engeren Vaterlandes aufdecken muß. Es ist mir aber angenehm gewesen, daß es eben von dem Herrn Referenten mit Recht betont worden ist, daß das mecklenburgische Volk ein tüchtiges ist und daß nur die zeitweiligen Zustände es sind, die es zurückhalten. Und wenn ich jene traurige Pflicht übernommen habe, so habe ich es nicht gethan aus irgend einem Haß gegen die bestehenden Autoritäten oder dergleichen mehr, sondern ich habe gedacht, die einzige Weise, wie wir unsere Zustände verbessern könnten, wäre die, daß wir sie aufdecken, wie sie sind, daß wir die Krebschäden kennen lernen. Ich habe, meine Herren, die Schilderung nur entworfen aus Liebe zu meinem Vaterlande.

Es sind Ihnen im Allgemeinen die Gründe mitgetheilt, warum wir aus deutschem Interesse — und es handelt sich hier um das deutsche Interesse, nicht um das speciell mecklenburgische Interesse — warum wir aus deutschem Interesse, aus Rücksicht auf das materielle deutsche Interesse, den Antrag dahin formulirt haben, gegen den Grenz Zoll und für den Anschluß an den Zollverein zu wirken. In der That liegt es im deutschen wirtschaftlichen Interesse, daß die Feudalwirtschaft in Mecklenburg aufgehoben werde. Denn, meine Herren, wo das Glied leidet, da leidet auch das Ganze. Wir leben in einer Zeit, wo die einzelnen Staaten nicht mehr durch unübersteigliche Naturhindernisse von einander abgeschlossen sind, sondern sie stehen Alle, namentlich hervorgerufen durch bessere Verkehrsmittel u. s. w., in enger Verbindung mit einander, so daß, wenn ein Glied krank ist, es mehr oder weniger auf das Ganze zurückwirkt.

Wir haben es gesehen in Europa zur Zeit des italienischen Kriegs, der localisirt werden sollte; da meinte man, man könnte den Krieg führen, ohne daß die übrigen Länder Europas davon berührt würden. Aber ich glaube, die Fabrikanten und der Handel



wissen davon mitzusprechen, was der localisirte Krieg in Italien ihnen an Hunderten von Millionen gekostet hat.

Wir sind also in einer Wechselwirkung unserer Interessen, denn wenn ein Glied, ein Volk leidet, dann, meine Herren, muß es zurückwirken auf die andern Nationen oder innerhalb des bestimmten Staatsverbandes.

Dann, meine Herren, meine ich auch, man hätte gerade jetzt großes Interesse daran, die Linien des Zollvereins im Norden zu erweitern.

Es sind im Uebrigen die Ansichten so verschieden, die wir heute vernommen haben, über die Verfassung des zu reorganisirenden Zollvereins. Aber darin sind wir wohl Alle einig, daß die Erweiterung des Zollvereins im Norden ein versöhnendes Element für den Norden und Süden sein könnte.

Selbstfalls glaube ich, und dies ist meine individuelle Auffassung, daß die Erhaltung des Zollvereins nur von Preußen ausgehen kann, und daß, wenn Preußen kräftig auf seiner bisherigen Politik besteht, es ihm gelingen wird, und namentlich, daß die Position von Preußen, wenn es die Erweiterung des Zollvereins im Norden erreicht, eine viel stärkere denjenigen gegenüber werden wird, die den Zollverein sprengen wollen. Sie werden diese ihre Absicht freilich nicht gestehen, sie sprechen sich aber durch den Mund der Diplomatie und in Noten so aus, daß solche Aeußerungen zwischen Privatpersonen als Beleidigung gegolten haben würden, z. B. wenn sie sagen, daß die und die Sache nicht das Stück Papier werth wäre, auf welches sie geschrieben worden ist. Meine Herren, wenn solche Aeußerungen vorkommen, so muß man einsehen, daß ein scharfer Kampf bevorsteht. Es ist also für Preußen nöthig, sich im Norden eine bestimmte Position zu erobern, und es ist in Bezug auf Mecklenburg nicht ohne Wichtigkeit, wie viel Grenzmeilen Preußen zu bewachen habe, ob nur zwanzig an der See oder hundert Land-Grenzmeilen. Wenn Preußens Grenzen auch im Norden von fremdem Gebiet umgeben sind, so kann es seine Drohung, dem Süden gegenüber erforderlichen Falls auf eigenen Füßen zu stehen, nicht ausführen. In dieser Beziehung erachte ich es im Interesse von Preußen und der preussischen Regierung insbesondere, daß sie wohl erwäge, ob sie sich nicht im Norden einen Bundesgenossen schaffen kann, der sie mißschützt und ihren Interessen förderlich ist.



Die Mittel, wodurch Preußen den Anschluß hervorrufen kann, sind vom Referenten schon angegeben. Nur auf den einen Punkt will ich noch näher zurückkommen, auf die Frage der Transitzölle auf der Berlin-Hamburger Bahn. Ich für meine Person glaube, daß Preußen mit dem Augenblick, wo der Grenzzoll von Mecklenburg eingeführt wird, sagen kann: Wir sind von der Verpflichtung zur Zahlung der Transitzölle befreit. Und wenn das richtig ist, wie ich es in meinem Buche weiter entwickelt habe, so verliert Mecklenburg nicht allein die Transitzölle, sondern auch die Elbzölle, und die Einnahmen aus beiden betragen etwa 300,000 Thaler. Berechnen Sie nun, daß der ganze Ertrag aus dem Grenzzoll für Mecklenburg-Schwerin nur 159,000 Thaler betragen soll und für Strelitz etwa 30,000 Thlr., in Summa also etwa 190,000 Thlr., und daß dann noch außerdem 300,000 Thlr. zu decken bleiben, so ist ja das ganze Project von vorn herein verloren. Mecklenburg könnte sich dann lieber gleich dem Zollverein anschließen, sonst müßte der Tarif fast verdoppelt werden, und das genügt noch nicht, denn mit der Verdoppelung des Tarifs nimmt der Consum ab. Ein mecklenburger Grenzzoll kann auf diese Weise nicht mehr bestehen. Es ist nun die Frage, ob es der Politik Preußens entspricht, Mecklenburg den Grenzzoll einführen und damit gewissermaßen auflaufen zu lassen, oder ob es vorher sagen soll: Wenn ihr den Grenzzoll einführt, so sind wir unserer Verpflichtung zur Zahlung der Transitzölle entledigt. Gewiß ist der zweite Weg loyaler und führt eher zum Ziele. Wir können nicht einmal wissen, wie lange die Ausführung des Grenzzollprojects sich noch hinziehen wird. Es stehen demselben noch mancherlei Hindernisse entgegen. Preußen müßte vielleicht noch ein paar Jahre warten, ehe es wüßte, woran es wäre. Es muß Preußen aber daran liegen, Mecklenburg zu bestimmen, daß es sich sobald als möglich zum Anschluß an den zu reconstituirenden Zollverein bereit erklärt. Dann würde sich auch die Frage der Transitzölle von selbst regeln. Wenn die Frage so tournirt wird, so gewinnen wir dadurch, daß das Project unmöglich wird. Dann aber ist die Position diese: entweder das Alte behalten oder sich an den Zollverein anschließen, ein Drittes giebt's nicht. Da nun die Beibehaltung der jetzigen Steuerverhältnisse das Land dem gewissen Ruin entgegenführen würde, so würden sich die materiellen Interessen für den Anschluß



erklären und eine mächtige Partei für denselben entstehen. Das Grenzzollproject war bisher der Blitzableiter gegen den Anschluß an den Zollverein. Man hat den materiellen Interessen, um sie von der Agitation für den Zollverein zurückzuhalten, gewissermaßen ein Stück Speck hingeworfen, wonach sie schnappten. Sie gewinnen aber in der That Nichts durch die Einführung des Grenzzolls. Die bisherige Steuerfreiheit der Ritterschaft bleibt im Wesentlichen auch nach Einführung des Grenzzolls. Die hauptsächlichliche Deckung für die abzuschaffenden Steuern soll durch die außerordentliche Contribution, wobei die Ritter ausnehmend bevorzugt sind, herbeigeschafft werden. Das Aversionalssystem, die Basis des Feudalismus, bleibt.

Aus den angeführten Gründen ist es für Preußen außerordentlich wichtig, schon jetzt alle legalen Mittel gegen die Einführung des Grenzzollprojectes anzuwenden. Möge das auch schnelligst geschehen, wie der Antrag es will. Der mecklenburger Landtag ist freilich ein unberechenbares Ding; vielleicht kommt die Sache vor der Hand noch nicht zu Stande. Das Fürstenthum Rakeburg soll nach neueren officiösen Nachrichten von der Grenzzolllinie ausgeschlossen werden und nur der Stargarder Kreis und das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin zum Zollgebiet gehören. Nach meiner Ansicht sind die Stände, wenn Rakeburg ausscheidet, an die auf dem letzten Landtag gefaßten Beschlüsse zu Gunsten des Grenzzolls nicht mehr gebunden; denn die beschlossenen Zollgesetze und Zollordnungen beziehen sich auf das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin und das Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz, welches letztere aus dem Stargarder Kreis und dem Fürstenthum Rakeburg besteht. Scheidet letzteres aus, so kann von einer ständischen Einwilligung in das Project bisher nicht die Rede sein. Der officiöse „Norddeutsche Correspondent“ hält merkwürdigerweise das Ausscheiden Rakeburgs und die dadurch entstehende Verkleinerung des an sich schon so kleinen Zollgebiets für sehr vortheilhaft; warum? Das sagt er uns freilich nicht. Aber man muß sich auf Alles gefaßt machen. Die Zollhäuser werden bereits gebaut, und die Regierung geht von der Ansicht aus, daß die Sache zu Stande kommen wird. Darum muß Preußen schnelligst handeln.

Ein Streitpunkt zwischen der Partei in Mecklenburg, die für den Anschluß ist, bezog sich auf den Zeitpunkt des Anschlusses an



den Zollverein, in welcher Beziehung ich namentlich von dem Herrn Regierungsrath Prosch abwich. Derselbe wird aber bei der Nähe der Zeit des Ablaufs der Zollvereinsverträge jetzt selbst der Ansicht sein, daß der Anschluß an den zu reconstituirenden Zollverein stattzufinden hat. Denn wir selbst würden uns gewissermaßen gebunden dem Zollverein ausliefern, wenn wir jetzt beiträten; wir würden viel weniger auf die Gestaltung der Verfassung und des Tarifs wirken können, als wenn wir uns dem zu reconstituirenden Zollverein anschließen.

Wie ich schon hervorhob, ist diese Sache hier vom deutschen Standpunkte, nicht von dem mecklenburgischen Standpunkte zu erörtern. Es ist daher hier nicht der Ort, die unberechenbaren Vortheile, welche für Mecklenburg aus dem Anschluß entspringen, hervorzuheben. Ich darf auch nicht sprechen von einer Pflicht Seitens Preußens, sich unsrer anzunehmen. Preußen, meine Herren, hat unser wirthschaftliches Elend unter dem Ministerium Manteuffel verschuldet. Wir waren auf dem besten Wege, vollständig aus unseren wirthschaftlichen Zuständen herauszukommen. Die alte feudale Verfassung, welche jeden wirthschaftlichen Fortschritt verhindert, war aufgehoben, und wir gingen einer ganz neuen Aera mit den besten Hoffnungen für die Zukunft entgegen. Niemand hätte uns das mit dem Fürsten vereinbarte Staatsgrundgesetz vom 10. October 1849 genommen, wenn nicht das Ministerium Manteuffel durch verschiedene Mittel, und namentlich, wie erzählt wird, durch preussische Truppen, die es an Mecklenburgs Grenzen zusammengezogen hatte, den Umsturz unseres Staatsgrundgesetzes und die Wiedereinführung des Feudalismus in Mecklenburg erzwungen hätte.

Von dieser moralischen Pflicht, die Preußen hat, uns zu helfen, darf ich hier nicht weiter reden, da hier nur die wirthschaftlichen Rücksichten entscheiden. So viel ist aber gewiß: in einem Theile unseres Vaterlandes wich der Starke vor dem Schwachen muthig zurück; bei uns aber war der Fall anders, da verfuhr der Starke gegen den Schwachen aggressiv.

Schließlich ersuche ich Sie, meine Herren, indem Niemand sich gegen den Antrag gemeldet zu haben scheint, die Sache einstimmig anzunehmen. Ich bin überzeugt, daß der einstimmige Ausspruch



des volkswirthschaftlichen Congresses für das, was wir wünschen, nicht ohne Bedeutung sein wird.

Präsident Dr. Lette: Meine Herren! Ich würde das Schlußwort nicht ergriffen haben, wenn mein Freund, Herr Wiggers, nicht in zweierlei Bemerkungen eine Ansicht ausgesprochen hätte, von der die Commission und der Berichterstatter doch nicht ausgegangen ist. Es ist nämlich keineswegs unsere Auffassung dabei gewesen, daß Preußen eine Position dadurch im deutschen Norden erhalten solle gegen die Antipathien, welche bei Gelegenheit des deutsch-französischen Handelsvertrags in dem deutschen Süden hervorgetreten sind. Ich weise dieses Motiv auf das Entschiedenste zurück; es würde dieses Motiv in das, wie ich wünsche einstimmige Votum des Congresses über den Antrag der Commission eine Mißstimmung hineintragen. Deshalb muß ich dieses Motiv, wie gesagt, mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Er hat dagegen noch auf ein anderes Motiv hingedeutet, was ich allerdings auch als ein Moment für die Verstärkung der moralischen Pflicht, die Preußen hat, betrachte; es ist das der unglückselige Schiedspruch, der die mecklenburgische Verfassung von 1849 wieder aufhob, der nicht von Preußen allein, sondern von dem Bundestage veranlaßt war.

Was uns zu dem Commissionsantrage bewegt, ist einestheils das Mitgefühl mit dem Lande Mecklenburg auf der einen Seite; wir wünschen, daß Mecklenburg in geistiger und materieller Entwicklung hereingezogen werde in Deutschland. Was uns weiter bewegt, ist das deutsche Interesse, und namentlich, was auch von dem geehrten Mitgliede aus Oesterreich zugestanden werden wird, das Interesse des Zollvereins, die Ostseeküste zu haben und dort Häfen zu besitzen. Es wird das auch bei dem künftigen handelspolitischen Verhältniß zu Oesterreich und dessen Erneuerung der österreichischen Industrie zu Gute kommen.

Endlich, meine Herren, will ich noch bemerken, daß wenn unser volkswirthschaftlicher Congress nach Tendenzen verführe und einem gewissen Pessimismus Raum gebe, es dann viel besser erschiene, Mecklenburg erst in seinen Grenzzoll hineingehen und ihm dadurch die Erkenntniß handgreiflich gewinnen zu lassen, daß sein Grenzzoll-



project unausführbar und schädlich sei. Wir huldigen aber nicht dem Pessimismus.

Moritz Wiggers: Ich habe nicht sagen wollen, daß Mecklenburg von Preußen zur Durchführung des deutsch-französischen Handelsvertrags benutzt werden sollte, und glaube auch nicht, daß ich dies gesagt habe. Im Gegentheil ich habe gesagt, Mecklenburg könnte ein versöhnendes Element sein für die Zollvereins-Einigung, so daß Mecklenburg dadurch, daß es mit zu diesem Bund hinzutritt, ein versöhnendes Element zwischen dem Süden und dem Norden würde. Keineswegs habe ich es aber mit dem deutsch-französischen Handelsvertrage in Verbindung bringen wollen.

Dr. Julius Wiggers aus Rostock: Ich wünsche den deutschen Bundestag gegen die Beschuldigung in Schutz zu nehmen, die vom Herrn Präsidenten Lette gegen ihn erhoben worden ist. Es ist nicht der Bundestag, der den Schiedsspruch in der mecklenburgischen Verfassungsangelegenheit veranlaßt hat und den daher die Verantwortlichkeit dafür trifft, sondern die Bundescentral-Commission, jene Behörde, die den Bundestag damals einstweilen ersetzen mußte. Es bestätigt sich aber dadurch, daß der Vorwurf für Preußen allerdings begründet ist, wenn man sagt, daß es uns wieder hineingestürzt habe in unser altes politisches und wirthschaftliches Elend. Preußen und Oesterreich waren allein in der Bundescentral-Commission vertreten und Preußen hätte es hindern können, wenn auch Oesterreich es gewollt hätte.

Der oben mitgetheilte Antrag der Commission ward hierauf einstimmig angenommen.



- 1. Mai 1958



8791 - M. P.

20. Mai 1961

(Druck von Adler's Erben in Hofstadt.)



project unausführ-  
dem Pessimismus

Moritz Wi-  
lenburg von Pre-  
Handelsvertrags  
ich dies gesagt ha-  
könnte ein versöhn-  
so daß Mecklenbu-  
tritt, ein versöhn-  
Norden würde.  
französischen Hand-

Dr. Julius  
Bundestag gegen  
Herrn Präsidenten  
der Bundestag, de-  
fassungsangelegen-  
lichkeit dafür trifft  
jene Behörde, die  
musste. Es best  
Preußen allerding  
hineingestürzt habe  
Elend. Preußen  
central-Commission  
wenn auch Oester-

Der oben  
ward hierauf e

lich sei. Wir huldigen aber nicht

abe nicht sagen wollen, daß Meck-  
führung des deutsch-französischen  
sollte, und glaube auch nicht, daß  
theil ich habe gesagt, Mecklenburg  
sein für die Zollvereins-Einigung,  
aß es mit zu diesem Bund hinzu-  
zwischen dem Süden und dem  
be ich es aber mit dem deutsch-  
Verbindung bringen wollen.

Rostock: Ich wünsche den deutschen  
ng in Schutz zu nehmen, die vom  
in erhoben worden ist. Es ist nicht  
bruch in der mecklenburgischen Ver-  
rat und den daher die Verantwort-  
Bundescentral-Commission,  
tag damals einstweilen ersetzen  
dadurch, daß der Vorwurf für  
wenn man sagt, daß es uns wieder  
es politisches und wirthschaftliches  
h waren allein in der Bundes-  
Preußen hätte es hindern können,  
hätte.

Antrag der Commission  
angenommen.

